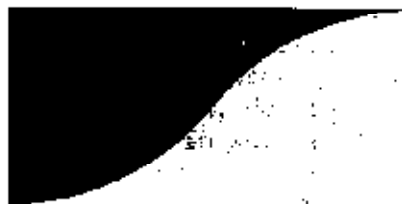


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 85 846-48 ppbn d



## Inhalt

29. Jahrgang / 133

14. Juli 1978

Peter Corterier MdB  
analysiert den Stand  
der deutsch-amerikanis-  
chen Beziehungen.

Seite 1/2

Uwe Jens MdB regt neue  
Umweltschutz-Initiativ-  
en an.

Seite 3

Hans Koschnick, stell-  
vertretender SPD-Vor-  
sitzender, erinnert an  
ein Parteijubiläum: Vor  
70 Jahren wurde der So-  
zialdemokratische Pres-  
sedienst gegründet.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Eine Partnerschaft von besonderer Qualität

---

Der Carter-Besuch und die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Von Peter Corterier MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Der Besuch des amerikanischen Präsidenten und der Bonner Weltwirtschaftsgipfel machen symbolhaft deutlich, welche bedeutsame und verantwortungsvolle Rolle Deutschland und Amerika in der gegenwärtigen Phase der Weltpolitik zukommt. Sicherlich ist Bonn nicht der Nabel der Welt, und nichts wäre törichter, als die Tatsache des Stattfindens eines Weltwirtschaftsgipfels schon für deutsche Weltpolitik zu halten. Notwendig ist jedoch, etwas grundsätzlicher auf die Aufgaben hinzuweisen, für die beide Länder eine besondere Verantwortung tragen.

Die Themen, die Helmut Schmidt und Jimmy Carter in ihren Gesprächen behandelt haben, deuten an, wo diese Aufgaben zu sehen sind.

### 1/ Sicherheitspolitik:

Die USA und die Bundesrepublik bilden zusammen das Rückgrat der Atlantischen Allianz. Die Atlantische Sicherheitsgemeinschaft liegt im europäischen wie im amerikanischen Eigeninteresse. Ohne die USA könnte Europa seine Sicherheit nicht gewährleisten. Umgekehrt würden die USA ohne Europa in die Rolle einer isolierten Weltmacht gedrängt. Die Sicherheitspolitik ist das Herzstück der europäisch-amerikanischen Beziehungen. In diesem Bereich haben die Vereinigten Staaten stärker als jemals zuvor in den vergangenen zehn Jahren Anstrengungen zur Konsolidierung der Allianz übernommen, die nicht ohne Wirkung geblieben

sind. Das Engagement Präsident Carters für Berlin ist fest und eindeutig. Sein Besuch in Berlin unterstreicht dieses Engagement.

Die Atlantische Allianz besteht heute ausnahmslos aus Mitgliedsstaaten mit einem demokratischen Regierungssystem. Sie hat gewiß Schwächen an der Südflanke. Die größte Schwäche sind die Belastungen, denen die Türkei und Griechenland durch die ungelöste Zypernfrage ausgesetzt sind und das Waffenembargo gegenüber der Türkei. Der amerikanische Kongreß muß davon überzeugt werden, daß eine Fortsetzung der Embargo-Politik Gefahren heraufbeschwört, die in keinem Verhältnis zum eigentlichen Anlaß für das Embargo stehen.

## 2/ Wirtschaftspolitik:

Von beiden Ländern wird aufgrund ihres wirtschaftlichen Potentials ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft erwartet. Sie können diese Stabilisierung nicht allein herbeiführen. Jedes Land muß dazu seinen Beitrag leisten, aber von dem Maß ihrer Fähigkeit zur Einigung über die zu ergreifenden Maßnahmen hängt der Erfolg des Weltwirtschaftsgipfels in entscheidendem Maße ab.

Die jüngsten Beschlüsse des Europäischen Rates zur Währungspolitik liegen im Interesse beider Länder. Stabile Wechselkurse zwischen den Währungen der EG und den Vereinigten Staaten sind eine wichtige Grundlage für solide Wirtschaftsbeziehungen, denn beide Volkswirtschaften berühren sich stark.

Der Weltwirtschaftsgipfel darf sich nicht in Schuldzuweisungen für die Schwächen der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage erschöpfen. Gefordert sind Maßnahmen, und alle Teilnehmer müssen ihren Part übernehmen. Was zählt, ist das Gesamtergebnis, nicht die Einzelteile.

## 3/ Ost-West-Beziehungen:

Es erscheint dringend geboten, die Ost-West-Beziehungen wieder auf eine stabile Grundlage zu stellen. Die bedenkliche und manchmal sogar bedrohliche Destabilisierung der Ost-West-Beziehungen, z.B. durch das sowjetische Verhalten in Afrika, die sowjetische Aufrüstung und die innenpolitische Verhärtung muß überwunden werden.

Es ist verständlich, daß man in den Vereinigten Staaten über diese Entwicklung beunruhigt ist. In Teilen der öffentlichen Meinung Amerikas setzt sich jedoch allmählich eine Haltung gegenüber der Sowjetunion durch, die die Möglichkeiten von weiteren Ost-West-Vereinbarungen anders als Präsident Carter vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle allzu skeptisch beurteilt. Eine solche Entwicklung wäre für die Ost-West-Beziehungen außerordentlich schädlich. Zuviel steht auf dem Spiel. Die SALI- und MBFR-Verhandlungen sind für beide Seiten wichtig. Von einem Erfolg auf diesen beiden Verhandlungsebenen hängt weitgehend das weitere Schicksal der Ost-West-Beziehungen ab. Gelingt der Abschluß dieser Verhandlungen, können wir die Ost-West-Beziehungen stabil halten. Scheitern die Verhandlungen, sind krisenhafte Entwicklungen auch in Europa nicht auszuschließen.

## 4/ Nord-Süd-Politik:

Die Bundesrepublik und die USA sind auch gewichtige Partner im Nord-Süd-Dialog, als Handelspartner der Entwicklungsländer und als Rohstoffverbraucher. Sie sind auch in Fragen der neuen Weltwirtschaftsordnung Schlüsselmächte und sitzen in einem gemeinsamen Boot. Beide Länder müssen sich heute dafür einsetzen, eine Konfrontation im Nord-Süd-Verhältnis zu verhindern. Die Vereinigten Staaten bemühen sich heute sehr viel stärker als zuvor um konstruktive Nord-Süd-Beziehungen. Grundlagen für gemeinsames Handeln sind auch hier gegeben.

In der deutschen Presse sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu stark unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Beziehungen der handelnden Politiker beurteilt worden. Diese Persönlichkeitsschau hat zu manchen Spekulationen geführt und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in ein schiefes Licht gerückt. Präsident Carter ist für deutsche Gemüter kein leicht verständlicher Mann, aber seine Offenheit, die den Stil seiner Präsidentschaft kennzeichnet, ist die beste Grundlage für einen Meinungsaustausch unter reifen Partnern. (-/14.7.1978/vo-he/10)

## Ein Investitionsprogramm für den Umweltschutz ist notwendig

---

Abgehen vom Verursacherprinzip kann sinnvoll sein

Von Uwe Jens MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Politiker aller Parteien reden lautstark von Steuerentlastungen, obwohl viele von ihnen wissen: Das innenpolitische Problem Nr. 1 - die Arbeitslosigkeit - wird dadurch einer Lösung nicht näher gebracht. Gegen weitere Steuererleichterungen sprechen nicht nur die Erfahrungen mit den bisherigen Programmen, sondern auch die ökonomische Logik. Wenn die vorhandenen Maschinen wegen mangelnder Nachfrage nicht ausgelastet sind, werden noch so hohe Gewinne die Unternehmen nicht zu Investitionen anregen. Höchstens Rationalisierungsinvestitionen, um Arbeitskräfte zu sparen und die Arbeitskosten zu senken, werden die Folge sein.

Im Gegensatz dazu werden zusätzliche Staatsausgaben unmittelbar die Nachfrage steigern, die Kapazitätsauslastung verbessern und so eine Basis für Einstellungen von Arbeitskräften und Erweiterungsinvestitionen bieten. Das 16-Milliarden-DM-Zukunftsprogramm hat erste Wirkungen gezeigt. Die wirtschaftliche Lage im Bau- und Bauneben-gewerbe ist spürbar besser geworden, und es stimmt auch nicht, wenn konservative Politiker behaupten, es gäbe keine sinnvollen Ausgaben mehr.

Längst überfällig und dringender denn je sind für mich weitere Maßnahmen im Umweltschutz. Ein Teil des Zukunftsprogramms war bereits darauf ausgerichtet, durch den Bau von Kläranlagen die Wasserqualität im Rhein/Bodensee-Bereich zu verbessern. Nicht ohne Erfolg, wie man weiß. Im Rhein kann wieder geangelt werden. Weitere Mittel wären jetzt zur Verbesserung der Luftqualität in unserem Lande bereitzustellen. Befristete, spürbare Investitionszuschüsse für alle diejenigen, die in besonders belasteten Gebieten einen Beitrag zur Emissionsverminderung leisten, könnten das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Umweltschutz und zusätzliche Arbeitsplätze würden zugleich angestrebt. Der mögliche Gegensatz dieser wichtigen innenpolitischen Ziele würde so durch staatliche Finanzierungshilfen aufgelöst. Die Förderung von höheren Schornsteinen und des Einbaus von Entschwefelungs- und Filteranlagen - um einiges zu nennen - würde zusätzliche Nachfrage im Maschinenbau, der Stahl- und Zementindustrie erwarten lassen, wo sie dringend benötigt wird.

Kritiker werden allerdings dieser Forderung entgegenhalten, daß hier das Verursacherprinzip im Umweltschutz untergraben wird. So werden vor allem jene, die in sauberer Luft leben können, reden. Die Bewohner des Rhein/Main- oder Ruhrgebiets werden dagegenhalten und lieber auf das Prinzip verzichten, um bald bessere Luft zu bekommen. Mit 1,2 Milliarden DM für das Rhein-Bodensee-Programm war die Bundesregierung im Übrigen von dem Verursacherprinzip bereits abgerückt.

In der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik würde ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der Luftqualität sicher auf breite Zustimmung stoßen. Den aufkommenden "Grünen" oder "Bunten Parteien" könnte so demagogischer Resonanzboden entzogen werden. Viele Bürger wissen es bereits, nur noch nicht alle Politiker: Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage, wie sauberes Wasser und bessere Luft, gehört nicht zu den Luxusgütern unserer Wohlstandsgesellschaft, sondern zu den unabdingbaren Lebensbedingungen unseres wirtschaftlichen Handelns. (-/14.7.1978/bgy/lo)

## Ein Stück Geschichte der SPD

---

Zum 70jährigen Bestehen des Sozialdemokratischen Pressedienstes

Von Hans Koschnick  
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

"Tu Gutes und rede darüber", dieser Grundsatz aus dem public-relations-Bereich läßt uns zunächst stutzen. Sind wir doch in dem Glauben aufgewachsen, daß die gute Tat sich selbst belohnt. Aber gerade Sozialdemokraten haben erfahren, daß es leider nicht immer genügt, gute Politik zu machen. Leistung und Erfolge müssen auch verständlich dargestellt und ins Bewußtsein gerückt werden. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben des SPD-Pressedienstes, der vor nunmehr 70 Jahren unter dem Namen "Sozialdemokratisches Pressebüro" aus der Taufe gehoben wurde.

Blicken wir zurück: 1907 beschloß ein SPD-Parteitag: "Die Partei errichtet ein Pressebüro. Aufgabe des Büros ist: Die Übermittlung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur an die Parteipresse, die Beschaffung gesetzgeberischen und statistischen Materials für die Parteipresse, die Herausgabe der Parteikorrespondenz." Am 15. Juli 1908 wurde dieser Parteitagbeschuß in die Tat umgesetzt.

Ein Rückblick anläßlich dieses Jubiläums zeigt die tiefe Wandlung politischer Publizistik sowie ihrer gesellschaftlichen und medienpolitischen Rahmenbedingungen. Aus dem Nebeneinander vieler Zeitungen ist ein "Kahlschlag im Blätterwald" geworden: Neue Technologien und der Konzentrationsprozeß haben die Presse zwar technisch leistungsfähiger gemacht, sie jedoch zugleich eines großen Teils ihrer Vielfalt beraubt.

Aus bescheidenen Anfängen im wilhelminischen Obrigkeitsstaat entstand allmählich seit 1908 ein leistungsfähiges Korrespondenzbüro, das die damals noch recht zahlreichen sozialdemokratisch orientierten Tageszeitungen mit aktuellem Nachrichtenmaterial versorgte und damit zur geistigen Unabhängigkeit der demokratischen Arbeiterbewegung beitrug. In der Zeit der Weimarer Republik konnte dieser Einfluß noch ausgebaut werden. Damals schuf Chefredakteur Erich Alfringhaus einen Auslands-Nachrichtendienst, so daß der sozialdemokratischen Presse auch eine zuverlässige

Informationsquelle für die Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen zur Verfügung stand.

Das Schicksal dieses Journalisten dokumentiert ein Stück Zeitgeschichte: Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen und die demokratische Presse verboten, mußte Alfringhaus emigrieren. Er ging nach Kopenhagen und rettete 1940 bei Hitlers Einmarsch in Dänemark vielen deutschen Emigranten das Leben, indem er sie mit einem Boot nach Schweden hinüberschaffte. Er selbst fiel in die Hände der Gestapo und starb in der Haft.

Der Journalist Fritz Sänger hat nach 1945 das Werk von Erich Alfringhaus fortgesetzt. Mit Zustimmung des damaligen Parteivorsitzenden Kurt Schumacher und gegen den hinhaltenden Widerstand der englischen Besatzungsmacht schuf Sänger im Mai 1946 in Braunschweig den Sozialdemokratischen Pressedienst neu, der später nach Hannover und schließlich nach Bonn übersiedelte. Hier liegt die pressegeschichtliche Leistung des Dienstes: Als Kommentardienst konnte und kann er sich neben den leistungsfähigen und unabhängigen Nachrichtenagenturen sehen lassen. Er gestaltet nach wie vor Meinung maßgeblich dadurch, daß er jederzeit auf die Namensartikel einer breiten Palette von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern zurückgreifen kann. Aber nicht ausschließlich aus dem Bereich der Politik und auch nicht ausschließlich aus der Feder von Sozialdemokraten. Der Sozialdemokratische Pressedienst war nicht selten Forum für Frauen und Männer, die - der Sozialdemokratie nahestehend - in kritischer Solidarität weiterführende Überlegungen zu Grundsatzfragen in Wirtschaft, Gesellschaftspolitik und Kultur vortrugen.

Diese weitgefächerte publizistische Arbeit unter der Chefredaktion von Peter Raunau, Günter Markscheffel und Erhardt Eckert hat Willy Brandt 1972 mit folgenden Worten gewürdigt: "Der SPD-Pressedienst war immer mehr als nur ein Sprachrohr unserer Partei. Die exakte Darstellung der Diskussion innerhalb der SPD macht ihn für Politiker und Journalisten zu einem unentbehrlichen Begleiter."

Ich füge hinzu: Der SPD-Pressedienst als ein Stück Geschichte der SPD hat seinen festen Platz in jenem Teil des Journalismus gefunden, der sich nicht nur ungehindert in einem demokratischen Rechtsstaat entfalten kann, sondern der sich auch selbst als Verfechter einer wehrhaften Demokratie versteht. (-/14.7.1978/vo-hc/lo)

+

+

+